

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 19. Oktober 2017. Dem Antrag der Linken, den Tagesordnungspunkt „Ausübung der Put-Option auf die noch von der Stadt gehaltenen Geschäftsanteile an der Sana Kliniken Düsseldorf GmbH“ wurde nicht gefolgt, da im geltenden Konsortialvertrag Vertraulichkeit vereinbart ist. Der Beschluss wurde in die nächste Ratssitzung verschoben. Auf Antrag der CDU wurde der Tagesordnungspunkt Schließung der Methadon- und Drogenambulanz des Gesundheitsamtes nebst einem Änderungsantrag von SPD, BÜ 90, FDP in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales verwiesen.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 teilte die Verwaltung mit, dass Air Berlin einen Marktanteil von 30 % am **Flughafen Düsseldorf** hatte. Der Übergang auf die Lufthansa erfolgt nahezu nahtlos, so dass die Kontinuität des Flugverkehrs auf hohem Niveau sichergestellt ist. Sowohl die Lufthansa als auch andere Gesellschaften haben eine Ausweitung des Interkontinentalverkehrs angekündigt. Für 2018 ist ein Höchstwert an Slots angemeldet, der ohne eine Kapazitätsausweitung nicht abgewickelt werden kann. Die Bedeutung der Lufthansa am Flughafen Düsseldorf nimmt zu. In nächster Zeit wird ein gemeinsames Verständnis über Umfang und Tiefen der langfristigen Zusammenarbeit erzielt werden.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur **Fortsetzung des Energie- und Klima-Gipfels** mit den Fachgesprächen Energie und Wirtschaft teilte die Verwaltung mit, dass der 1. Klimagipfel 2009 dazu diente, über die effizienteste Energieversorgung der Stadt zu diskutieren und einen breiten gesellschaftlichen Konsens für ein neues Kraftwerk an der Lausward zu erzielen. Das Kraftwerk Fortuna ist inzwischen fertiggestellt und in Betrieb. Es finden regelmäßige Arbeitssitzungen mit der Wirtschaft im Rahmen des Masterplans Industrie statt. Auch das Klimaschutzkonzept 2025 wurde mit vielen Fachleuten und Unternehmen erarbeitet.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Maniera teilte die Verwaltung mit dass per 1.1.2014 1.315 **AsylbewerberInnen** in Düsseldorf lebten, die Anzahl stieg bis Sept. 2016 auf 7.058, seitdem ist sie rückläufig und beträgt im August 4.426. Die Kosten für die medizinische Behandlung betragen 2014 3 Mio., 2015 6,8 Mio. und 2016 15 Mio. Euro. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz betragen 2014 8,1 Mio., 2015 15,8 Mio. und 2016 28,7 Mio. Euro. Die Kosten für die Unterbringung der AsylbewerberInnen werden nicht separat erfasst. Die Einnahmen betragen 2014 3,4 Mio., 2015 25,7 Mio. und 2016 28 Mio. Euro. Hinsichtlich des Familiennachzugs liegen der Verwaltung keine eigenen Erkenntnisse vor.

Aufgrund einer Anfrage des Piraten beschrieb die Verwaltung die Veränderungen des Datenschutzes durch die **europäische Datenschutzgrundverordnung**, die im Mai 2018 in Kraft tritt. Verantwortung trägt dann nicht mehr der Datenschutzbeauftragte sondern der Oberbürgermeister und der jeweilige Fachbereich. Es gibt umfangreiche Änderungen der Rechenschafts- und Dokumentationspflichten.

Das veränderte **Waffenrecht** war Grundlage einer Anfrage des Piraten. Die Verwaltung trug die Antworten der Polizei vor, die für die Einhaltung des Waffengesetzes zuständig ist. 4.400 BesitzerInnen haben d. 20.000 Waffen. Sie müssen die sichere Aufbewahrung durch Fotos oder Rechnungen nachweisen. Aufgrund der personellen Situation der Polizei wurden nur wenige Überprüfungen durchgeführt. Es wurden nur ein-

zelenen Waffen abgegeben.

Aufgrund einer Anfrage der Fraktion TP/FW zur **Ausstattung des OSD mit Schlagstöcken** teilte die Verwaltung mit, dass die Risiken der Bediensteten ständig überprüft werden. Die aktuelle Risikobewertung dauert an. Die Bereitstellung von Dienstkleidung und die Ausrüstung obliegen dem Dienstvorgesetzten.

Aufgrund einer Anfrage der Fraktion TP/FW zum **1. Bauabschnitt der U81** teilte die Verwaltung mit, dass eine anteilige Förderung der Gesamttunnellösung grundsätzlich möglich wäre. Der Förderhöchstbetrag würde durch den Zuwendungsgeber allerdings aufgrund der Brückenlösung als wirtschaftlichste und sparsamste Lösung festgelegt.

Aufgrund einer Anfrage der Fraktion TP/FW teilte die Verwaltung mit, dass sie keine **Gänse** im Zoopark erschießen wird. Der Austausch mit anderen Städten hat ergeben, dass der Abschuss von Kanadagänsen nicht zu nachhaltigen Bestandsreduzierungen führte. Deshalb ist ein Konzept ohne Abschuss in Entwicklung, das Anfang 2018 im Naturschutzbeirat und im Umweltausschuss sowie dem Ausschuss für öffentliche Einrichtungen vorgestellt wird. Die Anzahl der Kanadagänse ist zwischen 2009 und 2017 von 700 auf 1.400 gestiegen. Die Anzahl der sich in Parks aufhaltenden Kanadagänse stieg in diesem Zeitraum von 329 auf 966.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag der CDU, eine Initiative für ein **interkommunales Wohnraummanagement** in die Gremien der Metropolregion Rheinland e.V. einzubringen und dafür zu werben, dass das Thema Wohnen in das laufende Arbeitsprogramm aufgenommen wird, wurde in den Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung verwiesen.

Der Antrag der Linken, die **Protokolle der Kleinen Kommission Haushaltszukunfts-konzept**, allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen, fand keine Mehrheit.

Der Rat beauftragte einstimmig auf Antrag von SPD, CDU, FDP, BÜ90 die Verwaltung, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer Weiterentwicklung des Ticketangebots im Öffentlichen Personen Nahverkehr das **Angebot eines Sozialtickets** erhalten bleibt. Dafür bedarf es einer dauerhaften verlässlichen Finanzierung des Landes auch über 2017 hinaus.

Ein Ergänzungsantrag der Linken, sich für eine Aufstockung der Landesfinanzierung einzusetzen, fand keine Mehrheit.

Auf Antrag von BÜ 90 beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung, den **Umgang mit Wildgänsen** auf öffentlichen Grünflächen mit den Mitgliedern des Naturschutzbeirates zu beraten und die Erfahrungen des Zweckverbandes Unterbacher See und aus anderen Kommunen einzubeziehen. Im Januar soll dem Ausschuss für Umweltausschuss berichtet werden.

Verwaltungsvorlagen

Erneut wurde die Verwaltungsvorlage zur **Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 2, 9 Mio. Euro für die Mehrkosten des Grand Départ der Tour de France** diskutiert. Zu Beginn berichtete der Oberbürgermeister über die Gespräche mit den Fraktionen. Er gestand ein, dass beim Verfahren und der Kommunikation vieles nicht so gelaufen ist wie es wünschenswert gewesen wäre. Zwar hätte der Rechtsdezernent versichert, dass der Dringlichkeitsbeschluss rechtmäßig gewesen sei, es war aber ein Fehler, lediglich eine 2. Unterschrift der SPD einzuholen und nicht schon bei Unterschrift darauf zu achten, dass eine breite Mehrheit den Beschluss genehmigt. Er nannte als Grund der Mehrkosten die Sicherheit, die massive Fehlkalkulation im

Bereich VIP Hospitality und vertane Möglichkeiten bei der Vermarktung von Merchandising-Artikeln. In der Kleinen Kommission wurde hierüber nach der Tour de France gesprochen. Es war ein Versäumnis, im Bericht im Rat nicht deutlicher darauf hinzuweisen.

Der Oberbürgermeister bestätigte, dass in der Aufstellung der Mehrkosten nicht alle Personalkosten abgebildet werden. Der Gesamtaufwand war größer; es wurden nur Posten ausgewiesen, die nicht schon durch den Haushalt abgedeckt waren wie Nachbesetzungen auf abgeordnete Stellen, aber nicht die Gesamtkosten des Personals, das für das Projekt tätig war.

Das Projekt-Team hatte den Auftrag angenommen, Mittel zu beschaffen. Dazu gehörte z.B. die Werbung am Bauzaun des Kö-Bogens. Diese Einnahmen könnten auch dem allgemeinen Haushalt zugerechnet werden. Ein höherer Mittelbedarf wäre daraus nicht erwachsen. Der Oberbürgermeister ist überzeugt, dass das Ereignis insgesamt der Stadt nutzt, weil ein positiver und sympathischer Eindruck entstanden ist, quasi mit einer Einzahlung auf die Bewerbung als Ausrichterstadt im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft. Er bat um Bereitstellung der überplanmäßigen Mittel, weil Rechnungen bezahlt werden müssen.

Die Verwaltungsvorlage wurde in namentlicher Abstimmung (auf Antrag der SPD) bei 28 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt. Der Oberbürgermeister kündigte eine Beanstandung des Beschlusses an, da seiner Ansicht nach Haushaltsrecht gebrochen wird, wenn die Bezahlung der Rechnungen erfolgt. Es wird also wieder eine Sondersitzung des Rates geben.

Die CDU führte als Ablehnungsgrund an, dass sie Regelverstöße nicht heilen wird. Die Linken begründeten ihre Zustimmung damit, dass wenn der Rat einen Beschluss gefasst hat, er auch die Kosten zahlen muss. Für den Antrag auf geheime Abstimmung gab es keine weitere Unterstützung (20% der Ratsmitglieder sind notwendig).

Die FDP hat erwartet, dass nach der Erklärung des Oberbürgermeisters die CDU die Verwaltungsvorlage unterstützt. Wer bestellt und mitfeiert, muss dann auch bezahlen. Von der FDP, die sich gegen die Durchführung und die Finanzierung ausgesprochen hatte, würde niemand erwarten, dass sie den Mehrkosten zustimmt.

Die Fraktion BÜ90/Die Grünen bedankte sich für die klaren Worte des Oberbürgermeisters. Die Stadt hätte die Tour bestellt, nicht die Fraktionen. Man enthielte sich.

Die SPD bekannte sich zur Vertragstreue der Stadt. Versäumnisse der Verwaltung, die es möglicherweise gegeben hat, haben nichts mit der Frage zu tun, ob Rechnungen bezahlt werden müssen.

Tierschutzpartei/Freie Wähler erklärten, sie hätten den Grand Départ mitunterstützt und wären jetzt nicht plötzlich dagegen. Ein Anstieg des Zuschusses von 5 auf nahezu 8 Mio. Euro wäre finanzielles Missmanagement und nicht ihr Ding. Es gibt keinen Fraktionszwang, jedes Fraktionsmitglied kann frei entscheiden.

Der Pirat beantragte eine Arbeitsgruppe, die ein Konzept erarbeiten soll, dass bei Budgetüberschreitungen keine Aufträge mehr erteilt werden können bzw. frühzeitig überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden. Hierfür gab es nur von TP/FW Unterstützung.

Der Rat nahm den **Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2016** zur Kenntnis und leitete ihn dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zu. Das Jahr schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 128 Mio. Euro ab. Da die Ausgleichsrücklage nur noch 102 Mio. Euro betrug, muss der übersteigende Betrag der allgemeinen Rücklage (7,6 Mrd. Euro) entnommen werden.

Der Rat beschloss einstimmig die Richtlinie zur Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds im Programmgebiet der **Sozialen Stadt Düsseldorf-Garath** und beauftragte die Verwaltung, ein **Quartiersmanagement** nach den Städtebauförderrichtlinien (Soziale Stadt) in Düsseldorf-Garath einzurichten. Für 2017 sind 50.000 Euro für

den Verfügungsfonds etatisiert. Im Integrierten Handlungskonzept Garath 2.0 sind für den Förderzeitraum 2017 - 2021 für den Verfügungsfonds insgesamt 290.000 Euro vorgesehen.

Die Ergebnisse aus dem extern beauftragten Quartiersmanagement fließen in den Prozess der integrierten Quartiersentwicklung ein. Für 2017 sind 97.500 Euro für die Leistung des Quartiersmanagement etatisiert. Für den Förderzeitraum 2017- 2021 sind für das Quartiersmanagement insgesamt 637.500 Euro vorgesehen. Es ist geplant, das Quartiersmanagement zum Ende des Jahres 2017 zunächst befristet für drei Jahre zu beauftragen - vorbehaltlich der Freigabe der städtischen Haushaltsmittel und der jährlichen Bewilligung durch den Fördergeber.

Auf Antrag der CDU wurde ergänzend beschlossen, dass die Anregungen der BV 10 aufgenommen werden: Transparenz über Aufgaben und Ziele des Quartiersmanagements, Zusammensetzung des Budgetbeirats. Ein Änderungsantrag der Linken, die Richtlinie zur Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds zu überarbeiten, fand keine Mehrheit.

Der Rat nahm das **Klimaschutzkonzept** einschließlich der Organisationsstruktur einstimmig zustimmend zur Kenntnis. Es sollen über die Nationale Klimaschutzinitiative Fördermittel für vier KlimaschutzmanagerInnen beantragt werden. Im Haushalt sind 2018 2 Mio. Euro vorgesehen. Strategiesäulen sind energiesparendes Bauen und Sanieren in Wohngebäuden, Energieversorgung und -Infrastruktur sowie erneuerbare Energien, Bildung, Vorbild Konzern Düsseldorf, klimafreundliche Mobilität, Lebensstil und Konsum.

Auf Antrag von BÜ 90, SPD, FDP beschloss der Rat ergänzend, prioritär umzusetzen

- im Bereich Vorbild Konzern Stadt die vollständige gebäudescharfe Erfassung der Energieverbräuche in städtischen Liegenschaften als Grundlage für die konkreten energetischen Sanierungen bis Ende 2018, die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern bis Ende 2018, die Aktualisierung des Solarpotenzialkatasters, den Ausbau des Fernwärmenetzes, ein Konzept für den Aufbau eines Fernkältenetzes,
- im Bereich Mobilität die Optimierung der Citylogistik durch Elektro Scooter,
- KlimaschutzmanagerInnen zunächst befristet auf drei Jahre,
- im Bereich Marketing Bildung, Information ein Umwelthaus, Ausweitung der Energieberatung einkommensschwacher Haushalte, eine Öffentlichkeitskampagne.

Jeweils nach den Sommerferien soll über die Umsetzung im Ausschuss für Umweltschutz berichtet werden.

Der Rat beschloss einstimmig weiterhin **GebärdendolmetscherInnen** einzusetzen und stellte hierfür jährlich 20.000 Euro im Haushalt zur Verfügung.

Der Rat beschloss einstimmig das **Konzept zur Gründung eines gemeinsamen Regionalmanagements mit dem Kreis Mettmann und der IHK Düsseldorf**. Er beauftragte den Oberbürgermeister, einen öffentlich-rechtlichen Kooperationsvertrag abzuschließen, um die bestehende Kooperation auf politischer, administrativer und wirtschaftlicher Ebene zu intensivieren. Weitere Gebietskörperschaften können beitreten.

Der Rat beschloss einstimmig eine **Verwaltungsvereinbarung** der Ämter 66 (Verkehrsmanagement) und 67 (Stadtentwässerungsbetrieb). Bau, Unterhaltung, Erneuerung und Betrieb der im Eigentum des Amtes für Verkehrsmanagement befindlichen Entwässerungseinrichtungen erfolgen durch den Stadtentwässerungsbetrieb. Für die Unterhaltung werden 1,8 Mio. jährlich, ab 2020 2 Mio. bereitgestellt, für investive Erneuerungen werden 1,5 Mio. Euro jährlich bereitgestellt. Die Überprüfung des Budgets erfolgt nach vier Jahren.

Der Rat beschloss das Konzept der **Düsseldorfer Schulbauleitlinie** und beauftragte die Verwaltung, diese Leitlinie bei zukünftigen Bauprojekten anzuwenden. Sie soll dazu dienen, dass flächendeckend Schulgebäude entstehen, die den heutigen pädagogischen Anforderungen in hohem Maße gerecht werden. Hierzu wurden Erfahrungen und Erkenntnisse aus den einzelnen Projekten sowie allgemeingültige Standards zusammengefasst und bewertet. In der Vergangenheit wurden bereits in einem ersten Schritt die „Standards im Hochbau“ entwickelt. Die bisher geplanten Bauvorhaben basierten auf den Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen (RdErl. des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 19.10.1995). Diese wurden Ende 2011 außer Kraft gesetzt, jedoch weiterhin als Grundlage für jedes neue Raumprogramm verwendet.

Zusätzlich wurden Anpassungen auf Grund von steigenden Anforderungen aus den Bereichen OGS, Ganzttag in der Sekundarstufe I, Inklusion etc. erforderlich. Diese Flächenmehrbedarfe waren in den vorgenannten Grundsätzen nicht aufgeführt und wurden zunächst additiv berücksichtigt und entsprechend in den Raumprogrammen abgebildet. Dieses additive Modell erwies sich als weder pädagogisch sinnvoll noch flächeneffizient und ist somit nicht zukunftsweisend. Mit der Schulbauleitlinie kommt die Verwaltung dem Wunsch des Rates nach, nach Wegfall der Vorgaben des Landes NRW, städtische Leitlinien zum Schulbau zu formulieren.

Der Rat beschloss einstimmig den Abschluss einer Vereinbarung mit der Düsseldorfer Wirtschaft zur **"Partnerschaft für effiziente und umweltgerechte Mobilität Düsseldorf"**. Folgende Zielbausteine sollen im Rahmen der Partnerschaft erreicht werden:

- der Aufbau eines Netzwerks von Unternehmen, die sich für eine effiziente und umweltgerechte Mobilität engagieren,
- die effiziente und umweltgerechte Gestaltung der Fuhrparks,
- effiziente und umweltgerechte Geschäftsreisen,
- effiziente und umweltgerechte Arbeitswege der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Pendlerverkehre),
- effiziente und umweltgerechte Wirtschafts- und Lieferverkehre,
- weitere Aktivitäten zur Verbesserung der Luftqualität in Düsseldorf.

Die Vereinbarung zur Mobilitätspartnerschaft fließt in die Neuauflage des Luftreinhalteplans ein, der im Herbst 2017 von der Bezirksregierung öffentlich ausgelegt werden soll.

Der Rat nahm eine Informationsvorlage über die **Bildung des Amtes 54 - Amt für Migration und Integration**. In diesem Amt sollen ab 1.1.2018 die Leistungen für Flüchtlinge sowie BürgerInnen mit Migrationshintergrund zusammengefasst werden. Das neue Amt wird neben der Ausländerbehörde auch den Bereich „Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle, Obdachlose und Flüchtlinge“ umfassen. Die Abteilung Integration soll den Integrationsgedanken unterstreichen. Die Verwaltungsabteilung soll die Querschnittsaufgaben erledigen.

Der Rat änderte einstimmig seine **Geschäftsordnung**. Sie wurde ergänzt um den Punkt, dass bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs keine Debatte stattfindet und dass im Rahmen der abschließenden Etatberatungen die Ratsfraktionen und Ratsgruppen vertreten durch eines ihrer Mitglieder sowie die Einzelratsmitglieder die Gelegenheit haben, eine Haushaltsrede zu halten.

Personalien

Der Rat wählte

- die städtischen Vertreter in den Aufsichtsrat der Holding der Landeshauptstadt

Düsseldorf GmbH, die SPD wird vertreten durch Stadtkämmerin Schneider (als Vertreterin des Oberbürgermeisters), Markus Raub und Helga Leibauer (Enthaltung Linke);

- Jürgen Bormann (SPD) anstelle von Udo Skalnik (SPD) in den Sportbeirat der DüsseldorfCongress Sport & Event GmbH;
- Abdellatif Ghannoui und Reinhard Doerk als neue Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH & Co.KG;

Investitionen

Der Rat beschloss einstimmig, die Planung durchzuführen und die Kostenberechnung zu erstellen:

- Notwendige **Sanierung am Gebäude der Deutschen Oper am Rhein**. Die geplanten Maßnahmen betreffen die Dachsanierung (4,5 Mio.), die Steuerungstechnik der Bühnenmaschinerie (1,6 Mio.), Audio- und Videotechnik (6,8 Mio.), Bühnenwagen/Drehscheiben (1,5 Mio.), Barrierefreiheit/Foyer Aufzüge (0,9 Mio.), Bestuhlung Zuschauerraum (0,9 Mio.), Scheinwerfer (1,1 Mio.) und Sonstiges (0,7 Mio.). Die Maßnahmen im Volumen von 18 Mio. Euro sollen über einen Zeitraum von fünf Jahren möglichst in verlängerten spielfreien Sommerpausen umgesetzt werden. Im Zuge der Detailplanungen werden die Einzelmaßnahmen noch einmal kritisch auf ihre Erforderlichkeit hinterfragt und nach Dringlichkeit priorisiert. Auf Antrag von BÜ 90/SPD/FDP beschloss der Rat, eine Analyse des gesamten Gebäudes vorzulegen, Prioritäten und Termine präziser darzustellen und für die Finanzierung alternative Bausteine zu erarbeiten wie Verlagerung des Depots Selbecker Straße, Vermarktung des alten Balletthauses in Niederkassel sowie bürgerschaftliches Engagement. Außerdem wurde die Verwaltung beauftragt, eine **Projektgruppe Sanierung Kulturgebäude** einzurichten (Verwaltung und jeweils Vertreter/innen der Fraktionen im Kulturausschuss und Bauausschuss) und mit externer Unterstützung die kulturell genutzten Gebäude im ersten Halbjahr hinsichtlich ihres baulichen und energetischen Zustandes sowie der Barrierefreiheit zu untersuchen;
- **Sanierung von Dach und Fassade des Schauspielhauses**. Für die Demontage und Entsorgung der Fassade als Teil der Bestandsaufnahme zur Vorbereitung des Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses stellte der Rat 1 Mio. Euro sowie für Planungs- und Ingenieurleistungen weitere 1,3 Mio. Euro überplanmäßig bereit. Da es beim Abbruch der Metallfassade nebst Unterkonstruktion und Holzwolleleichtbauplatten und des Kassenhäuschens zu einer starken Staubentwicklung kommen kann, wird das Schauspielhaus vollständig eingerüstet und mit einer Plane umhüllt. Diese schützt das Haus vor Witterungseinflüssen und dient für Projektionen des Schauspielhauses. Spätestens Ende 2019 soll die Maßnahme abgeschlossen sein.

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung der folgenden Projekte:

- **Dieter-Forte-Gesamtschule**, Heidelberger Str. 75 – Erneuerung der Energieversorgung, Lüftungs- und Gebäudetechnik mit Gesamtkosten von 3,3 Mio. Euro. Ein Blockheizkraftwerk in Verbindung mit einem Gas-Brennwertkessel sowie Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung sollen zu jährlichen Energiekosteneinsparungen in Höhe von mindestens 150.000 Euro führen. Die Arbeiten sollen in mehreren Abschnitten in den Ferien 2018 ausgeführt werden (einstimmig);
- **Radweg Karlstraße/Worringer Straße** mit Gesamtkosten von 3,1 Mio. Euro brutto. In Höhe von 1,6 Mio. Euro werden Stellplatzablösungsbeiträge eingesetzt. Zwischen Stresemannplatz und Am Wehrhahn werden Radfahrstreifen in einer Breite von 1,60 m auf der Fahrbahn markiert mit einem Abstand zu vorhandenen Längsparkstreifen von 0,50 m. Zum Fahrstreifen hin wird eine 0,25 m breite Markierung angebracht. Furten an nicht signalisierten Einmündungen werden rot eingefärbt, Piktogramme aufgetragen. An den Knotenpunkten müssen Seitenräume

und Gehwege umgebaut werden, sie werden ebenso wie in der Lage veränderte Mittelinseln barrierefrei ausgestaltet. Neun Lichtsignalanlagen werden erneuert und an die Erfordernisse des öffentlichen Personennahverkehrs angepasst. Schadhafte Fahrbahndecken werden erneuert, die Asphaltdeckschicht wird erneuert und mit neuen Fahrbahnmarkierungen versehen (von den Kosten entfällt die Hälfte auf die Straßenbaumaßnahmen). 18 Bäume werden gefällt, 15 neu in dem Straßenzug gepflanzt. Die Bauzeit ist von Anfang 2018 bis Mitte 2019 geplant. Auf Wunsch der CDU soll der Bereich der Einmündung an der Gerresheimer Straße hinsichtlich der Gestaltung überprüft werden (gegen TP/FW).

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig einen **Zuschuss in Höhe von bis zu 7,9 Mio. EUR an die Neue Schauspiel GmbH für das Projekt „Sanierungen und Umbaumaßnahmen der öffentlichen Bereiche“**. Davon werden bereits für das Jahr 2017 überplanmäßig 1,5 Mio. EUR bereitgestellt.

Handlungsbedarf besteht aufgrund der altersbedingten Abnutzung und Veränderung der Anforderungen in unterschiedlichen öffentlichen Gebäudebereichen. Ziel ist es, die jetzt bestehende Schließzeit des Schauspielhauses bis voraussichtlich September 2018 optimal für die Umsetzung der Sanierungen und Umbaumaßnahmen der öffentlichen Bereiche zu nutzen. Die Maßnahmen beinhalten den Abriss des Kassenhäuschens und die Errichtung eines vollverglasten und transparenten Windfangs. Die Abendkasse soll ins Foyer verlagert werden. Für das Abonnementbüro und den Vorverkauf sollen im neuen Pavillon auf dem Platz vor dem Schauspielhaus Flächen angemietet werden. Die Verbindung zwischen Tiefgarage und Schauspielhaus soll barrierefrei ausgestaltet werden. Der Garderobenbereich und die WC-Anlagen sollen erneuert werden.

Das große Foyer soll durch Beleuchtung und Möblierung so gegliedert werden, dass es tagsüber als Begegnungsort genutzt werden kann. Wandpaneele, Teppichboden und Beleuchtung im Bereich der Treppenaufgänge und im Foyer der 1. Etage sollen ein einheitliches Farbkonzept erhalten, sodass die Goldmosaikwand wieder zur Geltung kommt. Am Nachtcafé sollen die Glasrahmentüren ausgebaut werden, um den Raum für Einführungsveranstaltungen nutzen zu können. Die benachbarte bisherige Statistengarderobe soll als Stuhllager verwendet werden. Der Abendkassenkiosk im kleinen Haus soll durch mobile Verkaufspulte ersetzt werden, der Aufzug soll saniert und die Beleuchtung verbessert werden. Das Foyer im 1. Obergeschoss des Kleinen Hauses soll hinsichtlich der Wandmaterialien, der Farbgestaltung und Beleuchtung verbessert werden. Die Inneneinrichtung des Restaurants soll ebenso erneuert werden wie das Informations- und Wegeleitsystem. Der Außenbereich des Schauspielhauses ist beim Bodenbelag und der Beleuchtungsart an die Gestaltung des neuen Gustaf-Gründgens-Platzes anzupassen. Der Terrassenbereich ist neu zu gestalten und mit dem unmittelbar angrenzenden Hofgarten in Einklang zu bringen. Die Gebäudeseite zur Bleichstraße (Bühneneingang) soll freundlicher gestaltet werden. Von den Gesamtkosten von 11,9 Mio. Euro entfallen 4 Mio. auf das Land. Der städt. Anteil von 7,9 Mio. soll durch bürgerschaftliches Engagement um 5-6 Mio. Euro reduziert werden. Die Arbeiten sollen bis zum 2. Quartal 2019 abgeschlossen sein.

Planungsrecht

Der Rat stimmte gegen die Linken der Stellungnahme der Verwaltung zur **Fort-schreibung des Regionalplans Düsseldorf** (Entwurf Stand Juli 2017) zu und beauftragte die Verwaltung, die Stellungnahme in das formelle Beteiligungsverfahren einzubringen. Im 3. Entwurf des Regionalplanes wurden die Anregungen der Stadt hinsichtlich der

- Darstellung Allgemeiner Siedlungsbereiche (ASB) im Bereich Hildener Straße/Frankfurter Straße und Erweiterung ASB Garath
- Darstellung Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich zwischen Reisholzer Hafen und der Ortslage Itter

- Darstellung der Ortsumgebung Gerresheim gemäß der Düsseldorfer Beschlusslage aufgegriffen. Nicht gefolgt wurde auch nach Erörterung insbesondere den Bedenken der Stadt zu den Themen Haupthafen (Muskator III) und Reisholzer Hafen, sowie zur Darstellung der Bereiche Zentrum Henkelstraße, Am Kleinformst nördlich Kikwegbrücke, Hafen Neuss im Stadtteil Heerdt, Regionaler Grünzug Volmerswerth, Kläranlage. Im Nachgang zur Erörterung wurde der Bezirksregierung mitgeteilt, dass diese Anregungen und Bedenken zu den zeichnerischen Darstellungen sowie weitere Anregungen zu den textlichen Darstellungen aufrechterhalten werden. Unter http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/index.jsp sind die Änderungen von Textteil und Karten (Stand Juli 2017) gegenüber dem 2. Entwurf des Regionalplans von 2016 veröffentlicht.

Der Rat beschloss

- die Änderung des Flächennutzungsplans **Kölner Straße/Moskauer Straße**. Das bisher überwiegend als Fläche für Gemeinbedarf mit Zweckbestimmung Post ausgewiesene Areal wird nun im östlichen Teilbereich als Wohnbaufläche und im westlichen Bereich als gemischte Baufläche dargestellt (einstimmig);
- die Änderung des Flächennutzungsplans **Wacholderstraße** (Angermund). Das 2,6 ha große Plangebiet wurde früher als Firmengelände genutzt, jetzt wird die Fläche als Wohnbaufläche ausgewiesen (gegen FDP und TP/FW);
- den Bebauungsplan „**Nördlich Wacholderstraße**“ (Angermund). Auf dem früher mit Verwaltungsgebäuden bebauten 1,4 ha großen Grundstück können nun 50 Einfamilienhäuser in Form von Doppelhäusern und Hausgruppen errichtet werden (gegen Linke, FDP, TP/FW, Enthaltung Pirat);
- den Bebauungsplan „**S-Bahnhof Angermund**“. Hier wird Baurecht (eingeschränktes Gewerbegebiet) für einen Lebensmittelmarkt mit max. 800 qm Verkaufsfläche geschaffen. Der P+R-Platz bleibt im ersten Schritt bestehen und wird über eine Rampe wie der Lebensmittelmarkt von der Angermunder Straße angeschlossen. Die Folgenutzung – ebenfalls eingeschränktes Gewerbegebiet – kommt erst in Betracht, wenn die für den geplanten RRX erforderlichen zwei neuen Gleise errichtet werden. Hierzu ist eine Umgestaltung des Bahnhofes, des Vorplatzes und der P+R-Anlage erforderlich; zur Verbesserung der sozialen Kontrolle soll ein kleiner Kiosk oder Imbiss etabliert werden (gegen TP/FW).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de